



Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt
Bayerstr. 28a, 80335 München

**Umweltschutz
Abfallrecht
RGU-US 12**

Bayerstr. 28a
80335 München
Telefon: 089 233-47683
Telefax: 089 233-47690
Zimmer: 3025
Sachbearbeitung:

E-Mail:
abfallrecht.rgu@muenchen.de

An die
Vorsitzende des Bezirksausschusses 17
Obergiesing
Frau Carmen Dullinger-Oßwald
über BA-Geschäftsstelle Ost
Friedenstr. 40
81660 München

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
04.12.2017

Illegale Müllablagerung im Landschaftsschutzgebiet
BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 04128 des Bezirksausschusses des
Stadtbezirks 17 – Obergiesing vom 10.10.2017

Sehr geehrte Frau Dullinger-Oßwald,

der o.g. Antrag wurde uns vom Direktorium mit der Bitte um weitere Bearbeitung zugeleitet; er bezieht sich auf ein Geschäft der laufenden Verwaltung i.S.d. Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO und § 12 Abs. 3 Bezirksausschuss-Satzung.

Bei einer Ortsbesichtigung am 17.10.2017 konnten auf dem stark eingewachsenen - im Eigentum des Freistaats Bayern (Bayerische Staatsforsten) stehenden - Grundstück Abfälle (u.a. mehrere verwitterte Holzsteigen und Verpackungen mit eingetrockneten Lebensmitteln) festgestellt werden. Da sich der Unrat in sogenannter „freier“ Natur befindet, wurde der Abfallwirtschaftsbetrieb München als zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gebeten, die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle zu veranlassen. Diese ist, wie eine Nachschau am 22.11.2017 ergab, mittlerweile erfolgt.

Zum Antrag, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, illegale Ablagerungen künftig zu unterbinden, nehmen wir wie folgt Stellung:

Grundsätzlich stehen kaum Möglichkeiten zur Verfügung, unerlaubten Unratablagerungen bereits im Vorfeld wirksam zu begegnen. Da es gemäß Art. 141 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Bayern (BV) grundsätzlich nicht möglich ist, Flächen in „freier“ Natur einzuzäunen und damit Dritten den Zutritt zu diesen zu verwehren, kommt nur das Aufstellen von Schildern in Betracht, die auf das Verbot unerlaubter Abfallentsorgungen hinweisen.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat gegenüber der Bayerischen Staatsforsten als Grundstücksverantwortliche inzwischen angeregt, entsprechende Schilder aufzustellen.

Unabhängig davon, dass eine Vielzahl von Schildern in der „freien“ Natur nicht wünschenswert ist, gibt es jedoch keine rechtliche Möglichkeit, Grundstücksverantwortliche über einen entsprechenden Appell hinaus zu einer solchen präventiven Maßnahme zu verpflichten.

Soweit im Einzelfall die Verursacher ermittelt werden können, werden vom Referat für Gesundheit und Umwelt die entsprechenden Bußgeldverfahren eingeleitet. Ansonsten erfolgen regelmäßige Appelle an die Bevölkerung, Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen.

Der Antrag Nr. 14-20 / B 04128 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 17 – Obergiesing vom 10.10.2017 ist somit satzungsgemäß erledigt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Stephanie Jacobs
Berufsm. Stadträtin